

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

59 (26.5.1948)

Süddeutsche Allgemeine

Ercheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 1.30, monatlicher Bezugspreis RM 23.00 (inkl. RM 2.00 Trägergebühr), bei Zustellung durch die Post RM 2.80 zuzüglich Zustellgebühr.

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Mittwoch, den 26. Mai 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

2. Jahrgang / Nummer 59

„Atlantik-Charta nicht besser als ein Versprechen Hitlers“

Wien, 25. Mai (UP) Ferdinand Graf, Staatssekretär im österreichischen Innenministerium, erklärte am Dienstag in einer Versammlung der österreichischen (christlich-demokratischen) Volkspartei, es wäre falsch, sich auf die Versprechungen der Atlantik-Charta zu verlassen. Die Atlantik-Charta sei genau so wertlos geworden wie jeder von Hitler unterschriebene Vertrag. Das österreichische Volk müsse zu einem verstärkten Selbstvertrauen finden, das auf der eigenen Kraft beruhe. Die Vereinten Nationen seien nicht nur nicht imstande, die Zerrüttung der heiligen Stätten in Jerusalem zu verhindern, sondern es sei ihnen bisher nicht gelungen, auch nur eines der besessenen Probleme zufriedenstellend zu lösen.

Ende der Oesterreichbesprechungen?

London, 25. Mai (AP) Der amerikanische Delegationsführer bei den Besprechungen für den Österreichischen Staatsvertrag gab bekannt, daß er eine weitere Sitzung der stellvertretenden Außenminister nicht einberufen werde, solange die Russen nicht bereit seien, die jugoslawischen Gebietsansprüche in Kärnten und Steiermark und alle Reparationsforderungen gegen Oesterreich aufzugeben.

Schwere Kämpfe in Indien

Bombay, 25. Mai (AP) Heeresabteilungen und Polizeitruppen des Nizam von Hyderabad liegen an der Grenze von Bombay in schweren Kämpfen mit Streitkräften der Indischen Union, wie die „Times of India“ berichtet. Auf beiden Seiten waren bisher schwere Verluste zu verzeichnen.

New Delhi, 25. Mai (UP) Der Generalgouverneur von Indien, Lord Mountbatten, hatte am Dienstag eine Unterredung von mehr als fünf Stunden mit dem Ministerpräsidenten des indischen Fürstentums Hyderabad, Lalk Ali, um den Streit zwischen dem Nizam von Hyderabad und dem Dominion Indien zu schlichten. Der Nizam hat sich bisher energisch geweigert, sein Land, das von indischen Truppen umgeben ist, dem Dominion Indien anzuschließen. In einer amtlichen indischen Erklärung wurde am Dienstag mitgeteilt, daß die Gerichte über Kämpfe zwischen den Streitkräften Indiens und Hyderabad an der Grenze den Tatsachen nicht entsprechen und daß der Schnellzug Madras-Bombay auf dem Gebiet Hyderabad nicht angegriffen worden sei.

Wieder zwei Vetos der Sowjetunion
Lage Success, 25. Mai (UP) Der sowjetische Delegierte Gromyko legte vor dem Sicherheitsrat Rußlands 24. und 25. Veto ein. Das 24. Veto war gegen die verfahrensmäßige Behandlung des chilenischen Vorschlags auf Prüfung der Prager Vorlage gerichtet. Das 25. Veto wandte sich gegen den Inhalt des chilenischen Vorschlags. Mit 4 gegen 3 Stimmen — bei Stimmenthaltung Frankreichs — beschloß der Sicherheitsrat die verfahrensmäßige Behandlung des chilenischen Antrags und akzeptierte dann den Antrag selbst mit 9 gegen 3 Stimmen. Rußland und die Ukraine stimmten in beiden Fällen dagegen.

Welt-Rundschau

WASHINGTON (Dona-GANS). Präsident Truman beauftragte in einer Befehlsanordnung die Erweiterung und Verbesserung des Satellitenvertrags durch höhere Beiträge und eine Erhöhung der Versicherungssummen um rund 30 Prozent.

WASHINGTON (Dona-REITER). Der amerikanische Seemann James McMillin, der aus der US-Botschaft in Moskau desertierte, soll den amerikanischen Geheimdienst gestrichelt haben.

PALM SPRINGS, Kalifornien (Dona-REITER). Eine neue Geschwindigkeit-Weltrekord für Flugzeuge wurde der Amerikaner Jacqueline Cochran mit einem Düsenjäger vom Typ P-51 mit 717,3 km/h, über einen 1000 km-Kurs in Kalifornien auf.

LIVERPOOL (UP). Die Hafenbehörden von Liverpool müßten heute einen 17 Meter langen Wal, der auf die Mersey-Mündung in der Bay von Liverpool geschwemmt worden war und die Schifffahrt behinderte, von Schleppkähnen abschleppen lassen.

STOCKHOLM (UP). In einem Bergwerk von Spitzbergen wurde eine verlorene Bleischnur entdeckt, die schätzungsweise vor 40 bis 50 Millionen Jahren gelobt haben könnte.

WARSAU (AP). Die beiden Deutschen Karl Vogl aus Augsburg und Jakob Riedl aus Meßburg wurden von einem polnischen Militärgericht wegen Verbrechen, die sie während des Krieges an polnischen Arbeitern verübten, zum Tode verurteilt.

ROM (UP). Die Gesundheitsbehörde von Rom hat in einem Kommuniqué auf die „ungeheuren Möglichkeiten“ hingewiesen, die sich im italienischen Ekwador in diesem Lande bieten.

VATIKANSTADT (UP). Der Sonderbeauftragte Präsident Trumans beim Vatikan, Myron Taylor, wurde von Pappi Piss XII. erneut in einer Privataudienz empfangen.

BUDAPEST (UP). Das ungarische Innenministerium teilte mit, daß 22 „christliche Verschwörer“ in Westungarn verhaftet worden seien, da sie Sabotageakte geplant und militärische Geheimnisse an das Ausland weitergegeben hätten. Sie sollen auch einen politischen Umsturz in Ungarn vorbereitet haben.

Französische Opposition in London

Deutschland-Besprechungen wahrscheinlich um mindestens eine weitere Woche verlängert

London, 25. Mai (AP) Die Sechsmächte-Besprechungen über die wirtschaftliche und politische Zukunft Westdeutschlands drohen sich angesichts der beharrlichen französischen Opposition gegen die amerikanischen Pläne für den Wiederaufbau Deutschlands um mindestens eine weitere Woche hinzuziehen. Die Benelux-Staaten haben sich Frankreich in seinen Forderungen nach weitreichenden Garantien gegen das Wiederaufleben des deutschen Kriegspotentials angeschlossen.

Verantwortliche amerikanische Kreise berichten folgende Ergebnisse:

1. Die USA haben die Franzosen davon überzeugt, daß Deutschlands Industrie für das europäische Wiederaufbauprogramm nutzbar gemacht werden muß.

2. Die Franzosen haben sich mit einem Programm einverstanden erklärt, das den Westdeutschen die Fortführung bestimmter Industrien wie der chemischen Industrie und der Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen gestattet (Industrien, die ursprünglich auf der Lärre der verbotenen Fertigungen standen).

3. Den Deutschen wird die Bildung einer eigenen Polizei, insbesondere für Zoll- und Grenzkontrolle gestattet.

4. Der Bevölkerung wird Bewegungsfreiheit in allen drei Westzonen gewährleistet.

5. Ueber die baldige Durchführung einer Währungsreform in allen drei Zonen in Anlehnung an den amerikanischen Dollar wurde ebenfalls ein Einverständnis erzielt.

Einer der entscheidenden Einwände Frankreichs richtet sich gegen die Er-

richtung einer Sechsmächte-Kontrollbehörde, die die Verteilung der Ruhrproduktion überwachen soll. Nach dem amerikanischen Plan sollten die drei westlichen Großmächte — die USA, Großbritannien und Frankreich — je zwei Stimmen und die drei Beneluxstaaten sowie Deutschland je eine Stimme in dieser Behörde erhalten. Darüber hinaus haben die USA nach Berichten teilnehmender Diplomaten auf einem Vortragsabend gegenüber den Entscheidungen der Kontrollbehörde bestanden.

Sowohl britische wie amerikanische Kreise erklären, daß über den Wiederaufbau Deutschlands an sich keine Unstimmigkeiten herrschen. Die Differenzen

seien lediglich über die hierfür anzuwendenden Methoden und den Zeitpunkt ihrer Durchführung entstanden. Frankreich habe seinerseits noch keinen Plan vorgelegt.

Verantwortliche diplomatische Kreise berichten ferner, daß Frankreich von den USA die Zusicherung militärischer Hilfe für den Fall eines Angriffes gefordert hat. Die Garantie eines militärischen Bestandes wird von Frankreich als notwendige Gelegenheit für sein Erziehungswesen hinsichtlich der Erziehung einer westdeutschen Jugend und des Wiederaufbaus der westdeutschen Industrie erachtet. Es hat hierbei die Unterstützung der Beneluxstaaten gefunden.

Bedenkzeit für Araber

Vermittler für Palästina, Graf Bernadotte, in Paris

Lake Success, 25. Mai (UP) Auf Ersuchen des syrischen Delegierten Faysi El Khouri, der von Großbritannien unterstützt wurde, gab der Sicherheitsrat der arabischen Liga am Mittwochmittag Bedenkzeit, sich zum Waffenstillstandsvorschlag für Palästina zu äußern. Der syrische Delegierte hatte den Rat darauf hingewiesen, daß der politische Ausschluß der arabischen Liga in Amman zusammengetreten, um den Waffenstillstandsvorschlag zu prüfen, und es deshalb unmöglich sei, den Vereinten Nationen vor Mittwochnachmittag eine Entscheidung mitzuteilen.

Der Schwede Graf Folke Bernadotte, der von den UN zum „Vermittler“ zwischen den streitenden Parteien in Palästina ernannt worden ist, traf in Paris ein. Die UN hat Bernadotte ein Sonderausge für die Dauer seiner Tätigkeit zur Verfügung gestellt, das die Zeichen des Internationalen Roten Kreuzes und der UN tragen wird.

Verhandlungen mit Transjordanien

London, 25. Mai (UP) Ein Sprecher des britischen Außenministeriums teilte mit, daß zur Zeit mit der Regierung von Transjordanien über das zukünftige Schicksal von etwa 40 britischen Offizieren verhandelt werde, die in der arabischen Legion Dienst tun. Dies ist eine Andeutung, daß diese Offiziere möglicherweise von der britischen Regierung abberufen werden könnten. Die Verhandlungen, so führte der Sprecher weiter aus, würden nur zwischen London und Amman geführt. Die Verhandlungen erstrecken sich jedoch nicht auf die militärischen Subsidien von 2 Millionen Pfund Sterling und die Waffenlieferungen an Transjordanien. Die Lieferung von Waffen erfolge auf Grund von Verträgen, die im vergangenen Jahr abgeschlossen worden seien. Im übrigen sei die britische Regierung in engem Kontakt mit den USA und hoffe, auf Grund freundschaftlicher Besprechungen zu einer gemeinsamen Lösung des Palästina-Problems zu kommen.

Immer noch schwere Kämpfe

Jerusalem, 25. Mai (UP) Die Frist für den von der UN befohlenen Waffenstillstand verstrich, ohne daß die erhiteten Kämpfe in Jerusalem unterbrochen wurden. Im Gegenteil, es hat den Anschein, als ob sowohl Araber als auch Juden entschlossener als je zuvor sind, eine Entscheidung mit Waffengewalt herbeizuführen. Der unstrittigste Punkt der Stadt ist zur Zeit das Kloster „Notre Dame de France“. Es wurde im Laufe des Montag nicht weniger als viermal abwechselnd von Arabern und Juden erobert.

Finnlands Innenminister Kilpi tritt zurück

Alle Häfen und Schwerindustrien Finnlands sind stillgelegt

Helsinki, 25. Mai (Dona-REITER) Kino Kilpi, der als Nachfolger der Kommunisten Yrjö Leino den Posten des finnischen Innenministers übernahm, erklärte am Dienstagabend, er werde seine Stellung nicht beibehalten. Gleichzeitig gab Kilpi Partei, die Sozialdemokraten, bekannt, daß er seiner Mitgliedschaft für verlustig erklärt wurde, weil er bei den allgemeinen Wahlen im kommenden Juli als Vertreter der Volksdemokraten (Kommunisten und Linke-Sozialisten) kandidieren werde.

Helsinki, 25. Mai (AP) Die Streikwelle in Finnland nahm am Dienstag an Umfang zu. In allen finnischen Häfen und in den Schwerindustrien gelangte die Arbeit zu einem vollkommenen Stillstand. Durch die Arbeitervertreter zogen am Dienstag Gruppen von Streikenden, die die übrigen Arbeiter aufzuforderten, sich dem Streik anzuschließen. Vor den Fabriken versahen Funkwagen der Polizei Streikfrevler, um die noch arbeitenden Sozialdemokraten zu schützen.

Von kommunistischer Seite wird laut UP ausdrücklich betont, daß man nicht gewillt sei, den gegenwärtigen stellver-

tretenden Innenminister Kilpi als Nachfolger Leinos zu akzeptieren.

Wie Dena - Reuter hierzu mitteilt, wurde in einer vom Moskauer Rundfunk zitierten Erklärung des Vorstandes der kommunistischen Partei Finnlands die erfolgte Entlassung des kommunistischen finnischen Innenministers Yrjö Leino als ein Verrat an der finnischen Verfassung und der demokratischen Politik und als eine Kapitulation vor der amerikanischen Reaktion bezeichnet.

Sowjetische Beschuldigung Churchills

Berlin, 25. Mai (UP) Anlässlich der Dienstagsitzung der stellvertretenden alliierten Kommandanten von Berlin beschuldigte der sowjetische Vertreter, Oberst Alexei Imanowitsch Churchill, er habe seine Organisation für ein vereinigt Europa nur ins Leben gerufen, um eine Bewegung zu schaffen, die gegen die Sowjetunion und die „Volksdemokraten“ arbeite. Nach Ansicht vieler Kreise der Weltöffentlichkeit sei Churchill nichts anderes als gewöhnlicher Kriegshetzer.

„Volksbegehren“ in der Ostzone

Radio Berlin: Ueber 5 Millionen Eintragungen in den ersten Tagen

Bad Nauheim, 25. Mai (Dona). In den ersten zwei Tagen des drei Wochen währenden Volksbegehrens haben sich, wie aus den Meldungen der Rundfunkstationen der Sowjetzone und Mittelzone des SED-Pressedienstes hervorgeht, in der Sowjetzone und Berlin über fünf Millionen Erwachsene in die Listen für das Volksbegehren zum Einheitsdeutschland eingetragen. Es wurden folgende Ergebnisse gemeldet:

Türingern: Rund eine Million Unterschriften, 81 Prozent. Sachsen-Anhalt: 1,2 Millionen Unterschriften, 34 Prozent. Sachsen: 1,5 Millionen Unterschriften, 52 Prozent. Brandenburg und Mecklenburg zusammen: etwa 1,8 Millionen Stimmen zwischen 44 und 48 Prozent.

Die Zahl der im sowjetischen Sektor von Berlin bisher geleisteten Unterschriften wurde mit 100 000 angegeben.

Kiel, 25. Mai (Dona). Bis Sonntag konnten wegen der nur geringen Zahl von Unterschriften nur die Unterschriften eines verhältnismäßig geringen Teils der Bevölkerung Schleswig-Holsteins für das Volksbegehren zum „Einheitsdeutschland“ für die Einheit Deutschlands gesammelt werden, teilte der 2. Sekretär des Landesvorstandes der KPD Peter Derkowitz hier am Montag mit.

In St. Peter haben von 1000 Wahlberechtigten 748 ihre Unterschriften abgegeben. In anderen Orten habe die Beteiligung am Volksbegehren zwischen drei und 18 Prozent geschwankt.

Rechtsschutz für deutsche Erfinder?

Wirtschaftsrat verabschiedet Gesetz über Annahmestelle für Patente

Frankfurt, 25. Mai (Dona). In 1. und 2. Lesung verabschiedete der Wirtschaftsrat auf seiner 16. Vollversammlung in Frankfurt ein Gesetz über die Errichtung von Annahmestellen für Patentrechtsanmeldungen und Warenzeichenanmeldungen. Das Gesetz sieht die Errichtung von Annahmestellen vor, bei denen Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenanmeldungen im Sinne des Patentgesetzes von 1936 bewirkt werden können. Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft bestimmt Ort und Tag der Errichtung der Annahmestellen. Die Annahmestellen nehmen eine Prüfung und Bekanntmachung vor, dagegen keine Patenterteilung sowie keine Eintragung von Gebrauchsmustern und Warenzeichen. Auch in Berlin kann keine solche Annahmestelle für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet errichtet werden.

In der Begründung des Gesetzes wurde gesagt, daß mit diesem Entwurf der langjährige Versuch gemacht werde, einen zerstörten Rechtsboden wieder auf-

zubauen. Der Zusammenbruch und die anfangs harte Hand des Siegers aber hätten dazu geführt, daß die deutschen Patente und Warenzeichen im Ausland der Enteignung verfielen. Dies treffe auch für betriebliche Geheimverfahren zu. Der Abgeordnete Dr. Seeling (CDU) bemerkte, daß es hierbei für Deutschland um unersetzliche Werte gehe, die sich nicht in Ziffern fassen ließen. Wenn die Geschichte unserer Zeit geschrieben werde, seien die vielen nationalsozialistischen Rechtsbrüche für Deutschland beschämend, jedoch bilde die Methode der geistigen Enteignung dann aber auch bestimmt kein Ruhmesblatt für den Sieger. Bedenken, ob die Errichtung von Annahmestellen gegenwärtig vertretbar sei, seien durch Zusicherungen der Militärregierung hinsichtlich der Geheimhaltung gemindert. Offen bleibe, was ein künftiger Friedensvertrag über die Behandlung der Patente enthalten werde.

Besprochen wurde ferner ein Gesetzentwurf über die Errichtung einer Schul-

denverwaltung. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Dr. Pönder, begründete dieses Gesetz damit, daß die Wirtschaft nach der Währungsreform nur durch erhebliche Ueberbrückungskredite aufrecht erhalten werden könne, die eine gute Schuldenverwaltung erfordern. Pönder sagte, wir wüßten nicht, wie die neue Währung aussehen werde, jedoch sei die deutsche Mitarbeit an der bevorstehenden Währungsreform nicht so, wie es gewünscht werde.

Zu einer lebhafte Debatte kam es über einen Antrag des FDP-Abg. Euler, die Bewirtschaftung von Nats- und Schlachtwild sowie von Eiern, Gemüse, Heu, Stroh, Schlachtabfällen und Döngemaisn aufzufahren. Der SPD-Abg. Kriemhild forderte jedes nur denkbare Maß von Zurückhaltung hinsichtlich des Aufhebens der Bewirtschaftung. Der Antrag wurde dem Ernährungsausschuß überwiesen.

Anzeigenpreis: Die 35 mm br. Nonp.-Zähl-Karlsruher Ausgabe RM 1.30; Pforzheimer Ausgabe und Würtembergische Abendblatt je RM 1.—; Gesamtanzeige RM 1.—; Amtl. Anzeigen 10% Nachsch.

Keine Minister-Zulagen in Württemberg-Baden

Stuttgart, 25. Mai (SAZ) Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier erklärte offiziell, kein Mitglied seines Ministeriums erhalte irgendwelche Lebensmittel-Sonderzulagen, jeder Minister sei als Normalverbraucher eingestuft. Die Ausgabe von Sonderzulagen zu staatlichen Repräsentationszwecken halte er für völlig unangebracht. Auch die Mitglieder des Landtags seien Normalverbraucher. Sie nähmen an den Sitzungen lediglich an einer beschließenden Gemeinschaftsverpflichtung teil.

Vorläufig 80 Millionen für Blyone

Washington, 25. Mai (UP) Die ECA gab bekannt, daß die vorläufigen ERP-Zuweisungen für das zweite Quartal 1948 (April-Juni) für die Blyone 80 und für Griechenland 80 Mill. Dollar betragen.

Westliche Verbindungsorgane bei der Berliner Polizei

Berlin, 25. Mai (AP) Trotz sowjetischer Opposition werden die drei Westmächte Verbindungsorgane in die drei Hauptquartiere der Berliner Polizei entsenden. Die Russen haben diesen Schritt der Westmächte als „illegal“ bezeichnet und Polizeipräsident Markgraf angewiesen, die Drei-Mächte-Anordnung zu ignorieren. Der Chef der Abteilung für öffentliche Sicherheit bei der US-Militärregierung, C. C. Bond, erklärt hierzu,

Die nächste Ausgabe der SAZ erscheint am Samstag, den 23. Mai 1948.

daß die Westmächte lediglich von einem Recht Gebrauch machen, das ihnen seit Beginn der Viermächteverwaltung zustand. Bisher hätten nur die Russen von diesem Recht, einen Verbindungsoffizier in jedem Polizeihauptquartier zu unterhalten, Gebrauch gemacht.

Stürmische Parteilandtagung

München, 25. Mai (SAZ) Auf einer Kundgebung der Bayernpartei im Zirkus Krone kam es erstmalig auch in München zu Tumulten und einer blutigen Schlägerei. Als Dr. Fischbacher bei Abschluss seiner Rede „Bayern der Bayern“ forderte, kam von einer Gruppe junger Münchner Studenten Zwischenrufe: „Franzose! Wo bleibt Deutschland!“ Als die Studenten, unter denen sich Schwerekriegsbeschädigte befanden, von Anhängern der Bayernpartei unter Drohungen zum Verlassen des Zirkusbaus gezwungen wurden, griffen mehrere Fanalier einige Studenten tüchtig an. Ein Kriminalbeamter, der schwach war, wurde von den Bayernparteilern blutig geschlagen und von einer 1 Meter hohen Treppe hinuntergeworfen.

Polen besteht auf Kopf

Warschau, 25. Mai (UP) Die polnische Regierung erwäge augenblicklich Mittel und Wege, die geeignet seien, trotz der Auslieferungsvorgewerung der britischen Behörden den Ministerpräsidenten von Niedersachsen, H. W. Kopf, in die Hand zu bekommen, um diesen als Kriegsverbrecher aburteilen zu können. Dies erklärte ein Sprecher des polnischen Außenministeriums. Der Sprecher beschuldigte die britischen Besatzungsbehörden des Verstoßes gegen die internationalen Abkommen über die Aburteilung und Auslieferung von Kriegsverbrechern.

Weizsäcker wollte Krieg verhindern

Nürnberg, 25. Mai (UP) Der unter der Anklage des Kriegsverbrechens stehende ehemalige Staatssekretär, Freiherr Ernst von Weizsäcker, hat nach Dokumenten, die von seinem amerikanischen Verteidiger vorgelegt wurden, im Jahre 1939 die Briten ersucht, an Stelle von Sir Neville Chamberlain einen Militär mit energischem Auftreten nach München zu entsenden. Ein Schriftstück hierüber befindet sich im geheimen Gewahrsam von Dr. Carl J. Buerkhardt, des früheren Völkerbundkommissars in Bernag und gegenwärtigen Schweizer Gesandten in Paris. Weitere Dokumente — hauptsächlich Feststellungen von Diplomaten der verschiedenen Länder — besagen, daß von Weizsäcker während der ganzen Nazizeit sein Bestes getan habe, um dem Krieg Einhalt zu gebieten. Wegen seiner Vermittlungsbemühungen sei der Staatssekretär bei Hitler und Außenminister von Ribbentrop schlecht angesehen gewesen.

Lebenslängliches Gefängnis für Röchling beantragt

Rastatt, 25. Mai (Dona) Im Röchling-Prozess beantragte hier am Dienstag laut SUDNA Regierungskommissar Charles Gerthofer als Anklagevertreter für den Hauptangeklagten Hermann Röchling lebenslängliches Gefängnis, Bewährungsfrist des Vermögens und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Für den Angeklagten Ernst Röchling und von Gemmingen-Hornberg wurden 20 bzw. 12 Jahre Gefängnis, Vermögensbeschlagnahme und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt. Über die beiden anderen Albert Maier und Wilhelm Rodenhäuser sollen nach dem Antrag der Anklage 5 bis 10 Jahre Gefängnis, je 100 000 Mark Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verhängt werden.

Süddeutsche Allgemeine

Lizenz Nr. US-WB 112. Herausgeber und Chefredakteur Felix Richter, Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Platzheim, Tel. 2001/2002. Druck: Badische Presse, Karlsruhe.

„Volksbegehren“

R. M. Der „Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ hat im sowjetischen Sektor Berlins und darüber hinaus in der gesamten Ostzone seine Tätigkeit unter dem Protektorat der Sowjetischen Militär-Administration entfaltet und das Land mit Einzeichnungslisten überhäuft. Die schon lange angekündigte und propagierte Aktion, das „Volksbegehren“, ist mit viel Lärm und noch mehr Aufwand eingeleitet worden.

Die Amerikaner haben in ihrem Sektor, wie auch die französische Militärregierung in ihrer Zone, das „Volksbegehren“ verboten mit der Begründung, daß es unnötig sei und die Berliner ein einiges Deutschland wünschen.

Während die Berliner Bevölkerung von der SPD und CDU aufgefordert wird, das „Volksbegehren“ als ausschließliche Angelegenheit der russischen Außenpolitik nicht zu unterstützen, plakatieren die SED trotz der Verbote die Straßen des US-Sektors mit Volksbegehren und Flugblättern für das Volksbegehren. Auch die unter sowjetischer Aufsicht stehende Berliner Eisenbahn stimmt in das Begehren mit ein und legt Listen aus. Unterschriften sammeln bezogen sogar die Wagnschaften der Berliner Stadverwaltungen für ihre Zwecke. Als angebliche Vertreter des Gesundheitsamtes legen sie den Hausbewohnern Blocklisten vor.

Sicher versteht man es und hat wohl aus den vergangenen Jahren gelernt, Plakate günstig ausstellen zu lassen. Haus- und Hofpropaganda soll ein positives Ergebnis des „Volksbegehrens“ garantieren. Die „Volksdemokraten“ sparen nicht mit Drohungen, sie geben unmissverständlich zu verstehen, daß die Namen derjenigen, die ihre Unterschrift verweigern, an Hand von Hauslisten festgestellt werden können.

Man muß kein Prophet sein, um dieser Volksbefragung, besser gesagt „Volks-Einschüchterung“ einen Erfolg vorzusagen. Jeder ist erlebt, die SED-Mitarbeiter und Funktionäre vergessen niemanden, wohl am wenigsten die Oppositen. Man kann sich doch schließlich rückversichern für etwaige Fälle? Wer überprüft aber das Ergebnis? Allein die Veranstalter dieses volkskündigen Dramas bestimmen das Resultat. Da der eigentliche „Volksentscheid“ im Gegensatz zu diesem „Volksbegehren“ in geheimer Abstimmung erfolgt, erscheint die Vermutung gerechtfertigt, daß der „Entscheid“ unter Berufung auf den durchschlagenden Erfolg der ersten Aktion für überflüssig erklärt werden könnte.

So sieht also das „Volksbegehren“ in Wirklichkeit aus! Einige Günstlinge einer fremden Macht maßen sich das Recht an, im Interesse ihrer Partei für ein ganzes Volk zu sprechen. Das deutsche Volk will die Einheit mit West und Ost, ebenso die Deutschen in der Ostzone. Er würde beschämend, wollte man den Willen und das „Begehren“ eines Volkes durch Unterschriften manifestieren. Die Ehrlichkeit und das bewußte Wollen wird nicht mit irgendeinem Aufwand, der schließlich doch nur Zweckpropaganda darstellt, bekundet.

Die Deutschen der Ostzone und des sowjetischen Sektors in Berlin, die nicht unterschreiben, beweisen mehr den Willen zur Einheit Deutschlands, aber sie wollen diese Einheit nicht um den Preis politischer Sklaverei unter der Herrschaft einer Partei erkufen. Sie wissen wohl zwischen wohlhabender Demokratie und der „Einnahme der Wahrheit aus dem Osten“, die sich vor „volksdemokratischen“ Tönen überschlägt zu unterscheiden.

Die demokratischste Freiheit ist und bleibt die freie Entscheidung für oder gegen eine Partei und ihre Ziele. Und diese Freiheit versucht man zu unterdrücken, wenn SED-Funktionäre erklären, es werde interessant sein, später feststellen zu können, wer sich für das „Volksbegehren“ entschieden habe. Jeder der Unterschrift wird eine Karte erhalten und die Liste der Unterschriften

soll aufbewahrt werden. Gewisse Kreise scheinen sehr sicher zu gehen, wenn sie glauben, daß vielleicht die Zeit kommen wird, wo jeder darauf Wert legt, seine Quittungskarte über Teilnahme am „Volksbegehren“ vorlegen zu können. Ob einmal die SED diesen Triumph auskosten kann, liegt allein jetzt in den Händen der Ostzonen-Bevölkerung. Wer seinen Namen einem Pseudo-Volksbegehren gibt, bestimmt sein eigenes Geschick und unterschreibt seinen eigenen Hofbescheid.

Wieder mißbraucht man das nationale Gefühl und das ehrliche Wollen. — „Im Namen des deutschen Volkes, für das deutsche Volk wird alles getan“ — ja, für das deutsche Volk, die alle Platte immer neu aufgelegt. In Wahrheit spielen ein paar höfliche Funktionäre einer angeblichen „Einheitspartei“ mit dem Schicksal des deutschen Volkes. Der vergangene Betrag hat uns ins Chaos gestürzt. Wir sind verächtlich geworden und wissen deshalb alle Versuche dieser Art zurück, wobei sie auch kommen mögen. Das belächliche „Volksbegehren“ ist aber schon kein Versuch mehr, sondern bewußte Infiltration und parteipolitisches Manöver.

Atlantische Gemeinschaft

Die Bildung einer atlantischen Gemeinschaft, die alle jetzt von der Zerstörung bedrohten historischen Nationen der westlichen Hemisphäre umfassen soll, schlägt der bekannte amerikanische Leitartikel Walter Lippmann in der „New York Herald Tribune“ als Ausweg aus der derzeitigen Krise vor. Ingesamt gebe es drei Möglichkeiten, aus dem jetzigen Dilemma herauszukommen.

Die erste sei ein als Kreuzweg gegen das russische Empire als Demitri des kommunistischen Despotismus geführter Krieg. Er müsse aber unter allen Umständen vermeiden werden, denn selbst wenn der russische Staat zerstört und die russische Regierung und das sowjetische System gestürzt seien, könne der Krieg erst langsam beendet werden, nachdem der ganze europäische und russische Kontinent und vielleicht noch viele andere Teile der Welt in einen gigantischen Bürgerkrieg verwickelt worden seien. Dies aber werde das Ende der Zivilisation in der alten Welt bedeuten. Die zweite Möglichkeit bilde die Aufgabe Europas durch die USA und den Anschluß der Überreste des britischen Empires und der französischen Union an die USA — ein Gedanke, der in den Vereinigten Staaten viel diskutiert werde. Auch diese Lösung des Problems müsse abgelehnt werden, weil der Rückzug aus Europa und die Bildung eines atlantischen Empires die USA isolieren und in der ganzen Welt verhaßt machen würde.

Für die dritte Möglichkeit der Idee einer atlantischen Gemeinschaft, deren Konstituierung heftig längere Zeit in Anspruch nehmen würde, sprächen viele Momente. Sie müßte Nord- und Südamerika und die Erben des westlichen römischen Imperiums sowie des westlichen Christentums in sich aufnehmen, die alle rings um den Atlantischen Ozean wohnen, der zu einem neuen Mittelmeer gemeinsamer Kultur und gleicher vitaler Interessen geworden sei. Die aus der interamerikanischen Union, dem britischen Commonwealth, den Vereinigten Staaten von Europa gebildete Konföderation der atlantischen Gemeinschaft würde die Verwirklichung einer historischen Mission bedeuten, für die das Schicksal der USA ausgesucht hat. Sie würde eine Chance geben, die radikale Schwäche des Westens zu beheben und die bisher unbeantwortete Herausforderung beantworten, daß die freien Völker keine Mission, keinen Zweck und keine Hoffnung haben. Die atlantische Gemeinschaft würde auf Generationen hinaus die besten Kräfte Europas und Amerikas absorbieren und den Völkern neuen Lebensmut und neuen Lebenswillen einflößen.

Die demokratischste Freiheit ist und bleibt die freie Entscheidung für oder gegen eine Partei und ihre Ziele. Und diese Freiheit versucht man zu unterdrücken, wenn SED-Funktionäre erklären, es werde interessant sein, später feststellen zu können, wer sich für das „Volksbegehren“ entschieden habe. Jeder der Unterschrift wird eine Karte erhalten und die Liste der Unterschriften

Ministerium nimmt Stellung zum Fall Dubke

Stuttgart, 23. Mai (SAZ) Im Rahmen der Frühjahrssammlung des Weinbauvereins Württemberg-Baden nahmen Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und Landwirtschaftsminister Heinrich Stöck zu den Weiterungen der Korruptionsaffäre Dubke-Heuste Stellung.

Minister Stöck gab offiziell die Auffassung seines Ministeriums zu den bedauerlichen Vorkommnissen bekannt und unterstrich die Notwendigkeit, in dem kommenden Gerichtsverfahren Sachverhalt und Zusammenhänge eindeutig zu klären und diejenigen, die strafbare Handlungen begangen haben, mit der ganzen Schwere des Strafverfahrens zur Rechenschaft zu ziehen. Das Ministerium habe in der ganzen Sache nichts zu verheimlichen, sondern lege großen Wert auf völlige Klärung der Dinge. Der Minister betonte, wenn auch gegen einige Angestellte seines Ministeriums Anklage wegen mangelnder Dienstaufsicht erhoben worden sei, so könne das, was die Anklage vorbringt, für ihn noch keine Veranlassung sein, eine Entlassung oder Suspendierung auszusprechen. Minister Stöck wendete sich damit gegen die Methode, durch Veröffentlichung negativer Dinge immer wieder Mißtrauen in die Öffentlichkeit zu säen. „Wer will solche

Niederlassung von Ärzten

Pforzheim, (SAZ) Vom der Ärztekammer Baden wird uns geschrieben: Um der Notlage und dem großen Andrang existenzsüchtender Ärzte zu begegnen, hat sich die Ärztekammer Baden US-Zone entschlossen, einer weiteren Reihe von Ärzten die Niederlassung zur freien Privatpraxis im Gebiet Nordbaden unter bestimmten Bedingungen zu ermöglichen. Es kommen dafür nur Ärzte in Betracht, die bisher noch nicht niedergelassen waren, die ihr Staatsexamen im Jahre 1941 und früher abgelegt haben, und die bis zum 1. 4. 1943 ihren Eintrag in das Arztregister der Ärztekammer Baden US-Zone vollzogen hatten. Die weiteren Bedingungen werden im Süddeutschen Arztblatt veröffentlicht und sind auf der Geschäftsstelle jeder Ärztschaft Nordbadens zu erfahren.

Freilassungsgesuch Dr. Schachts

Stuttgart, 23. Mai (SAZ) Dr. Wolfgang Schwamberger, der Verteidiger Dr. Hilmar Schachts, erklärte uns, er habe ein Freilassungsgesuch seines Klienten an die amerikanische Militärregierung gerichtet, da Dr. Schacht seit seiner Ueberweisung in das Lager Kornwestheim von allen deutschen Instanzen als Gefangener der Besatzungsmacht angesehen werde. Die deutsche Berufungskammer hätte seinerzeit die Internierung aufgehoben und die Freilassung Schachts in das Robert Koch-Krankenhaus gestattet, nachdem eine deutsch-amerikanische Ärztekommision seine Haftunfähigkeit festgestellt hatte.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTZONEN: Stuttgart (H). Die Stuttgarter Straßkammer verurteilt den ehemaligen Oberstleutnant einer Heeresgruppe, General der Panzertrouppen Hermann Balck wegen verächtlicher Tötung unter Ablehnung mildernde Umstände zu 3 Jahren Gefängnis.

München (AP). Professor Joseph Tharak, der während der Hitlerzeit unter anderem Röntgen für die Rüstungskanal und Nürnberg Stadions schuf, ist von einer Spruchkammer freigesprochen worden, nachdem sich seine jüdische Frau, die russischer Abstammung ist, für ihn eingesetzt hatte.

Frankfurt (Dona). Der Vertreter Bayerns bei den Zweizonenbehörden in Frankfurt, Staatsrat Dr. Gebhard Seiler, erklärte einem Dena-Vertreter, daß er persönlich keinerlei Sonderstellungen an Lebensmitteln erhalte. Gewisse zusätzliche Lebensmittel seien lediglich als Repräsentationsrechte gedacht und würden auch nur als solche verwendet.

Köln (H). Die Stadt Köln veranstaltet anlässlich der Feier der hundertjährigen Vollendung des Kölner Domes vom 8. August bis 11. Sept. 1948 eine umfangreiche internationale Ausstellung für neuzeitliche christliche Kunst.

Hamburg (Dona). Aus Port Said kommend trafen am Sonntag der britische Truppentransporter „Ordnung“ mit 1854 und am Sonnabend der Dampfer „Empire Pêche“ mit 2435 beladenen gestrichen Kriegsgefangenen aus Ägypten in Hamburg (H) ein.

Württembergischer Bezirks Parteitag der KPD

Stuttgart, (SAZ) Der Bezirks-Parteitag der KPD fand am 21. und 22. Mai in Unterföhring unter Ausschluss der Presse und der Öffentlichkeit statt. Albert Buchmann lehrte die Verhältnisse in der Ostzone als wirtschaftliche Anarchie, die von kapitalistischen Interessenvertretern bewußt geführt werde, um eine demokratische Neuordnung zu verhindern. Die Bildung der bizonalen Ersatzregierung in Frankfurt bedeute die Preisgabe jeder sozialpolitischen Reform. Das Kernstück des Marshall-Plans für Westdeutschland sei die erhöhte Ausfuhr von Rohstoffen und damit die Beibehaltung des kolonialen Chaos der Wirtschaft.

Robert Lubrand betonte in seinem Bericht über die Arbeit der Landtagsfraktion, die bürgerlichen Parteien betrachten die KPD im Landtag und in der Regierung heute als unangesehenen Mitarbeiter für die Durchführung der Verfassung, deren letzte Verteidiger die Kommunisten seien. Im Verlaufe des Parteitages wurden drei Resolutionen angenommen. Eine fordert die Parteipresse,

die beiden anderen wenden sich gegen das Verbot des Volksbegehrens und der Namensänderung der Partei durch die Militärregierung. In einer Presskonferenz bezeichnete der Landesvorsitzende Albert Buchmann diese Verbote als schwere Eingriffe in die demokratischen Grundrechte. Die KPD gedenke diese Verbote nicht mit papierenen Protesten zu quittieren, sondern wolle, ohne ihre loyale Haltung gegenüber der Besatzungsmacht zu ändern, ihre Forderung nach einem Volksentscheid im ganzen Lande erheben. Der tiefere Sinn der gewünschten Namensänderung sei in der Absicht zu suchen, die Arbeit der KPD auf alle werktätigen Schichten auszuweiten und nicht nur ein Vertreter der Arbeiterschaft zu sein. Den Ausschluss der Öffentlichkeit vom Parteitag begründete Buchmann mit Raum- und Zeitmangel. Im Gegensatz zur SPD plädierte die KPD nach wie vor „gut nachbarliche Beziehungen“ zwischen den beiden Linksparteien.

Beginn der Heidelberger Musiktage

Mit einer „Serenade“ im Schloßhof, die über dreitausend Besucher angezogen hatte, wurden unter der künstlerischen Leitung von Ewald Lindemann die „Heidelberger Musiktage“ eröffnet. Das vom Städt. Orchester ausgeführte Programm stand im Zeichen Mozarts. In der Neuen Aula brachte danach die Württembergische Staatskapelle, mit Spannung erwartet, das „Erste Symphoniekonzert“. Eingeleitet durch die, besonders in den Holzbläsern bezaubernd locker dargebotene Ouvertüre zur „Siedenden Leiter“ von Rossini, nahm Mozart die Herzen gefangen. Das „Kronekonzert“ wurde vom Klavier aus durch Ferdinand Leitner ausdrucksvoll geleitet, und erhielt auch in der kammermusikalischen Besetzung festliches Gepräge.

Die Sensation des Abends freilich war die auch Baden-Baden und Stuttgart dritte Aufführung der neuen Sinfonie des Heidelberger Wolfgang Fortner, eines Werkes, das die Beachtung verdient, die ihm allenthalben zuteil wird und mit Anlaß war, Fortner den Schreker-Preis der Reichshauptstadt Berlin zu verliehen. Es ist aber ein Dokument nicht allein des Komponisten, sondern auch der Zeit, die es musikalisch in ähnlicher Weise widerspiegelt wie etwa Richard Strauss' „Straußen vor der Tür“. In der Nachfolge Strawinsky und Hindemith entstanden, in den Eckdaten von Ronegger beeinflusst, gibt es sich stark motorisch, wenn nicht sogar maskulin. Im Formalen ist Fortners Werk außerordentlich gekonnt, von einer Fülle von Einzelheiten belebt, andererseits aber auch sehr chaotisch und nervös in fliegenden Ansätzen ohne eigentliche Durchführung, mit den Problemen gleichsam ringend, ohne zu letzter klanglicher ausgeprägter und breit dahinstreichender Aussage zu gelangen. — eine Station in der Zeit und für Fortner, aber doch

noch keine Erfüllung, keine Lösung. — kein Ziel, vor dem jedes „Urteil“ kapituliert. Dieser zwiespältige Eindruck, der jedoch den Respekt vor Fortners Können nicht mindert, prägte sich auch in der Aufnahme durch das sachlich eingestellte „Gros“ des Publikums aus, das in erster Linie die außerordentliche Leistung der Interpretation durch Leitner und sein Orchester anerkannte, während ein mehrmaliger Hervorruf des Autors wohl in der Hauptsache durch die geschichtliche im Saal verteilte „Jüngerscher“ fiert wurde. Fraglos wird das Werk zunächst die wagemutigen Orchester fordern; vielleicht wird es nur verstanden werden können, wenn man dem Maltesischen Apollonismus zugrunde liegt: wir alle müssen lernen, unsere Erfahrungen hinter uns zu lassen — und die Früchte des Instinkts zu bewahren.

Heidelberger Premieren

Intendant Heinrich Köhler-Heilrich hatte für die Spielzeit 1947/8 für die Heidelberger Musikbühne einen Spielplan „ohne Repertoire“ angekündigt — also einen Verzicht auf die „Person der Opernintendant“, die dem Publikum nichts als einen Ohrenschmaus bereiten. Wenn er jetzt nach der Durchbrechung dieses Grundgesetzes durch die Aufführung von Puccinis „Madame Butterfly“ vor einiger Zeit das Wort Hans Söchama auf sich beziehen kann, daß man der Regel Güte an der — Ausnahme erwägt, so mag die Neuinszenierung der „Cavalleria rusticana“ von Mascagni und des „Bajazzo“ von Leoncavallo gern als ein Konzession hingegenommen werden, zumal diese Werke trotz aller reiderischen Naturalistik zu den schon „kies-

gewordenen Werken der Weltliteratur zählen. Ob sich, wie das „Programmheft“ ausführt, aber das Publikum in dem Halbjahrhundert ihrer „Lebens“ wirklich daran gewöhnt hat, sie in einem Atemzug zu nennen, was doch wohl heißen soll, miteinander auf der Bühne zu sehen — ist inzwischen nicht unbestritten geblieben. Die Häufung der Theatereffekte, der sinnlichen Leidenschaft, von Eifersucht und Mord — das ist, zweimal hintereinander serviert, manchem Besucher doch ein Zwielfel des Guten — und so wäre die Frage zu erwägen, die sich nach 1918 überall erhob, ob man nicht besser nur eines dieser Werke aufführt, um es mit einem andern, weniger „hütrünstigen“ Einakter zu koppeln — etwa Blechs „Verriegelt“, d'Alberts „Flauto solo“ oder, wie soeben in Freiburg, mit — der „Nachtswalbe“.

Mit der Neuinszenierung der genannten Werke verband sich die erste Aufgabe für den neu verpflichteten Ersten Kapellmeister, Eugen Heise, der als Nachfolger Bohner bisher nur prima zwei Gesangsmitglieder eingespungen war, zwei Werke musikalisch einzustudieren. Man bekam den günstigsten Eindruck von seiner vorbereitenden und seiner ausführenden Tätigkeit. Gewisse Tempoanforderungen und einige „Unfälle“ sind wohl auf Premierenerfahrungen zurückzuführen und abzustellen. Als Gastregisseur war Erwin Bugge bemüht, den folkloristischen wie rein menschlichen Charakter der Oper zu treffen — im einzelnen ist man in Heidelberg durch Köhler-Heilrich freilich zu sehr verwöhnt, um nun nicht auch von anderen beispielhaftes Theater zu erwarten. So blieben viele Möglichkeiten ungenutzt und offen. Helmut Nötzolds Bühnenbild war mit einfachen Mitteln konzipiert und wirkungsvoll — bis auf die wohl sich recht vernehmlich rührende Szene im Hintergrund des Bajazzo.

Die Sautza sang Hedwig Hillengö — eine Leistung wie aus einem Guß. Echl

Italienisch im Äußeren, bot sie stimmlich ausgesprochenes; die Partie liegt ihr — eine ihrer ausdrucksstärksten Gestalten, die wir von ihr in Heidelberg erlebten! Die Lola von Eva Maria Petersen — vielleicht eine Nuance zu „deutsch“ geraten; die Lucia der Helene Müller und der Alfio von Rudolf Treuhitt musikalisch und darstellerisch sicher. Und Turiddu! Die Überraschung des Abends! Carl Walther, der sich hier im heidischen Fach versuchte, offenbar mit persönlichster Freude an seiner Aufgabe. Stimmliche Zurückhaltung (bei aller Leidenschaft) besonders im Engpassgedicht hinter der Szene dürfte sich eher empfehlen. Von herrlichstem Klang: die Chöre, besonders auch der (unsichtbare) Kirchenchor, den die Solomitglieder des Theaters „stützen“.

Welche Kraft die Heidelberger Bühnen in Rudolf Treuhitt (aus Nürnberg) gewinnen, offenbarte (wie kürzlich schon der „Fliegende Holländer“) sein „Tosca“ im „Bajazzo“. Den Prolog dürfte man in Heidelberg kaum in so edlem Ton und vornehmer Gestaltung gehört haben. Ähnlich wirkungsvoll war die Durchführung seiner Rolle. Lieselotte Diehl, Jean Hutson, E. A. Stock und Helmut Conradt vereinten sich mit ihm zu einem schönen Gesamteindruck, das Publikum quittierte mit stürmischem Beifall.

Pfingstliches Theater bereitet den zahlreichen Fremden das Schauspiel mit einer Neuinszenierung von Shakespeares „Was ihr wollt im Königssaal des Schlosses unter der Regie von Friedrich Brandenburg: Eine Aufführung, die leider durch eine elektrische Störung empfindlich beeinträchtigt wurde, aber bewies, daß sich echt-komödiantischer Geist auch in der shakespearischen, der „schrecklichen Zeit“ bewahrt hat. Den Vogel schloß diesmal Phöbe Monnard ab mit ihrer aus Schalkheit, weiblicher Koketterie und „männlicher“ Schüchternheit gemischten Viola, alias Sebastian, Neben ihr relativ

Freilassungsgesuch Dr. Schachts

Stuttgart, 23. Mai (SAZ) Dr. Wolfgang Schwamberger, der Verteidiger Dr. Hilmar Schachts, erklärte uns, er habe ein Freilassungsgesuch seines Klienten an die amerikanische Militärregierung gerichtet, da Dr. Schacht seit seiner Ueberweisung in das Lager Kornwestheim von allen deutschen Instanzen als Gefangener der Besatzungsmacht angesehen werde. Die deutsche Berufungskammer hätte seinerzeit die Internierung aufgehoben und die Freilassung Schachts in das Robert Koch-Krankenhaus gestattet, nachdem eine deutsch-amerikanische Ärztekommision seine Haftunfähigkeit festgestellt hatte.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTZONEN: Stuttgart (H). Die Stuttgarter Straßkammer verurteilt den ehemaligen Oberstleutnant einer Heeresgruppe, General der Panzertrouppen Hermann Balck wegen verächtlicher Tötung unter Ablehnung mildernde Umstände zu 3 Jahren Gefängnis.

München (AP). Professor Joseph Tharak, der während der Hitlerzeit unter anderem Röntgen für die Rüstungskanal und Nürnberg Stadions schuf, ist von einer Spruchkammer freigesprochen worden, nachdem sich seine jüdische Frau, die russischer Abstammung ist, für ihn eingesetzt hatte.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTZONEN: Stuttgart (H). Die Stuttgarter Straßkammer verurteilt den ehemaligen Oberstleutnant einer Heeresgruppe, General der Panzertrouppen Hermann Balck wegen verächtlicher Tötung unter Ablehnung mildernde Umstände zu 3 Jahren Gefängnis.

München (AP). Professor Joseph Tharak, der während der Hitlerzeit unter anderem Röntgen für die Rüstungskanal und Nürnberg Stadions schuf, ist von einer Spruchkammer freigesprochen worden, nachdem sich seine jüdische Frau, die russischer Abstammung ist, für ihn eingesetzt hatte.

Frankfurt (Dona). Der Vertreter Bayerns bei den Zweizonenbehörden in Frankfurt, Staatsrat Dr. Gebhard Seiler, erklärte einem Dena-Vertreter, daß er persönlich keinerlei Sonderstellungen an Lebensmitteln erhalte. Gewisse zusätzliche Lebensmittel seien lediglich als Repräsentationsrechte gedacht und würden auch nur als solche verwendet.

Köln (H). Die Stadt Köln veranstaltet anlässlich der Feier der hundertjährigen Vollendung des Kölner Domes vom 8. August bis 11. Sept. 1948 eine umfangreiche internationale Ausstellung für neuzeitliche christliche Kunst.

Hamburg (Dona). Aus Port Said kommend trafen am Sonntag der britische Truppentransporter „Ordnung“ mit 1854 und am Sonnabend der Dampfer „Empire Pêche“ mit 2435 beladenen gestrichen Kriegsgefangenen aus Ägypten in Hamburg (H) ein.

Württembergischer Bezirks Parteitag der KPD

Stuttgart, (SAZ) Der Bezirks-Parteitag der KPD fand am 21. und 22. Mai in Unterföhring unter Ausschluss der Presse und der Öffentlichkeit statt. Albert Buchmann lehrte die Verhältnisse in der Ostzone als wirtschaftliche Anarchie, die von kapitalistischen Interessenvertretern bewußt geführt werde, um eine demokratische Neuordnung zu verhindern. Die Bildung der bizonalen Ersatzregierung in Frankfurt bedeute die Preisgabe jeder sozialpolitischen Reform. Das Kernstück des Marshall-Plans für Westdeutschland sei die erhöhte Ausfuhr von Rohstoffen und damit die Beibehaltung des kolonialen Chaos der Wirtschaft.

Robert Lubrand betonte in seinem Bericht über die Arbeit der Landtagsfraktion, die bürgerlichen Parteien betrachten die KPD im Landtag und in der Regierung heute als unangesehenen Mitarbeiter für die Durchführung der Verfassung, deren letzte Verteidiger die Kommunisten seien. Im Verlaufe des Parteitages wurden drei Resolutionen angenommen. Eine fordert die Parteipresse,

die beiden anderen wenden sich gegen das Verbot des Volksbegehrens und der Namensänderung der Partei durch die Militärregierung. In einer Presskonferenz bezeichnete der Landesvorsitzende Albert Buchmann diese Verbote als schwere Eingriffe in die demokratischen Grundrechte. Die KPD gedenke diese Verbote nicht mit papierenen Protesten zu quittieren, sondern wolle, ohne ihre loyale Haltung gegenüber der Besatzungsmacht zu ändern, ihre Forderung nach einem Volksentscheid im ganzen Lande erheben. Der tiefere Sinn der gewünschten Namensänderung sei in der Absicht zu suchen, die Arbeit der KPD auf alle werktätigen Schichten auszuweiten und nicht nur ein Vertreter der Arbeiterschaft zu sein. Den Ausschluss der Öffentlichkeit vom Parteitag begründete Buchmann mit Raum- und Zeitmangel. Im Gegensatz zur SPD plädierte die KPD nach wie vor „gut nachbarliche Beziehungen“ zwischen den beiden Linksparteien.

Freilassungsgesuch Dr. Schachts

Stuttgart, 23. Mai (SAZ) Dr. Wolfgang Schwamberger, der Verteidiger Dr. Hilmar Schachts, erklärte uns, er habe ein Freilassungsgesuch seines Klienten an die amerikanische Militärregierung gerichtet, da Dr. Schacht seit seiner Ueberweisung in das Lager Kornwestheim von allen deutschen Instanzen als Gefangener der Besatzungsmacht angesehen werde. Die deutsche Berufungskammer hätte seinerzeit die Internierung aufgehoben und die Freilassung Schachts in das Robert Koch-Krankenhaus gestattet, nachdem eine deutsch-amerikanische Ärztekommision seine Haftunfähigkeit festgestellt hatte.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTZONEN: Stuttgart (H). Die Stuttgarter Straßkammer verurteilt den ehemaligen Oberstleutnant einer Heeresgruppe, General der Panzertrouppen Hermann Balck wegen verächtlicher Tötung unter Ablehnung mildernde Umstände zu 3 Jahren Gefängnis.

München (AP). Professor Joseph Tharak, der während der Hitlerzeit unter anderem Röntgen für die Rüstungskanal und Nürnberg Stadions schuf, ist von einer Spruchkammer freigesprochen worden, nachdem sich seine jüdische Frau, die russischer Abstammung ist, für ihn eingesetzt hatte.

Deutschland-Rundschau

VEREINTE WESTZONEN: Stuttgart (H). Die Stuttgarter Straßkammer verurteilt den ehemaligen Oberstleutnant einer Heeresgruppe, General der Panzertrouppen Hermann Balck wegen verächtlicher Tötung unter Ablehnung mildernde Umstände zu 3 Jahren Gefängnis.

München (AP). Professor Joseph Tharak, der während der Hitlerzeit unter anderem Röntgen für die Rüstungskanal und Nürnberg Stadions schuf, ist von einer Spruchkammer freigesprochen worden, nachdem sich seine jüdische Frau, die russischer Abstammung ist, für ihn eingesetzt hatte.

Frankfurt (Dona). Der Vertreter Bayerns bei den Zweizonenbehörden in Frankfurt, Staatsrat Dr. Gebhard Seiler, erklärte einem Dena-Vertreter, daß er persönlich keinerlei Sonderstellungen an Lebensmitteln erhalte. Gewisse zusätzliche Lebensmittel seien lediglich als Repräsentationsrechte gedacht und würden auch nur als solche verwendet.

Köln (H). Die Stadt Köln veranstaltet anlässlich der Feier der hundertjährigen Vollendung des Kölner Domes vom 8. August bis 11. Sept. 1948 eine umfangreiche internationale Ausstellung für neuzeitliche christliche Kunst.

Hamburg (Dona). Aus Port Said kommend trafen am Sonntag der britische Truppentransporter „Ordnung“ mit 1854 und am Sonnabend der Dampfer „Empire Pêche“ mit 2435 beladenen gestrichen Kriegsgefangenen aus Ägypten in Hamburg (H) ein.

Württembergischer Bezirks Parteitag der KPD

Stuttgart, (SAZ) Der Bezirks-Parteitag der KPD fand am 21. und 22. Mai in Unterföhring unter Ausschluss der Presse und der Öffentlichkeit statt. Albert Buchmann lehrte die Verhältnisse in der Ostzone als wirtschaftliche Anarchie, die von kapitalistischen Interessenvertretern bewußt geführt werde, um eine demokratische Neuordnung zu verhindern. Die Bildung der bizonalen Ersatzregierung in Frankfurt bedeute die Preisgabe jeder sozialpolitischen Reform. Das Kernstück des Marshall-Plans für Westdeutschland sei die erhöhte Ausfuhr von Rohstoffen und damit die Beibehaltung des kolonialen Chaos der Wirtschaft.

Merkwürdige Versplitzung...

Sel mir bitte nicht böse und schauf net so hart, liebes Altbahnhöfen, wenn Du diese Zeilen zu Gesicht bekommst. Eigentlich lagen sie wohlverwahrt in einem Schrank...

... und Veränderung

Wie ist nun die Sache mit den Zulassungskarten an Sonn- und Feiertagen zu verstehen? Will sich das Bahnhöfen etwa seiner großen Schwester anschließen?

Schuhreparaturen ernstlich gefährdet

Die Schmachter-Itzung für den Kreis Karlsruhe gibt bekannt: Infolge Versagens der bisherigen Bewirtschaftungsstellen sind wir Schumacher seit Monaten ohne das an sich knapp bemessene Material...

Aus den Konzert- und Vortragsälen

Das Dritte Kammerkonzert des Münchener Konservatoriums sah drei zur Moderne zählende Komponisten: Klippen, Scott und Copland...

Wieder - wie bereits bei früheren Konzerten - überzeugte das Heidelberger Kammerorchester von seinem gepflegten Musizieren...

Schulen und Krankenhaus vordringlich im Aufbau

Das Baden in Pfalz und Alb verboten - Umfangreiche Tagesordnung vor dem Stadtrat

Die über vier Stunden währende öffentliche Sitzung des Stadtrats begann mit einem ehrenden Gedenken an Alt-Stadtrat Lang, Buchdruckereibesitzer, der kürzlich in Karlsruhe gestorben ist...

Einzelberatung ein. Nach einigen akzeptierten Abänderungsvorschlägen, die sich vor allem auf die ungenüchertigte Einsichtnahme in die Personalverhältnisse...

und zu wenig konzentriert worden sei; doch werde darin eine spürbare Änderung eintreten. Die Stadt treffe mit voller Absicht gewisse Vorplanungen...

Aus dem Tagebuch der Fächerstadt

Unfall. Am frühen Sonntagvormittag stieß ein Lastkraftwagen in der Rheinstraße beim Überholen einer Straßenbahn und fuhr anrollend gegen das Eckhaus...

Stadtkonzert. Am Donnerstag, 27. Mai, wird bei günstiger Witterung in der Zeit von 18 bis 19 Uhr, ein Stadtkonzert stattfinden...

Einzahlungen im Steigen. Nach den letzten vorliegenden Zusammenstellungen sind im April 1948 bei den Geldinstituten ganz außerordentliche, weit über dem Durchschnitt liegende Einzahlungen zu verzeichnen...

Für die alsbaldige Einzahlung aller nicht benötigten Gelder auf Konto bei den Geldinstituten sprechen triftige Gründe. Vielfach liegen große Beträge an Bargeld ungenutzt zu Hause...

Der Kampf gegen den Kartoffelkäfer. Auch im Jahr 1948 wird die Kartoffelkäfer-Bekämpfung auf Grund der Verordnung des Landwirtschaftsministeriums vom 2. 8. 1947 sowie der hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen durchgeführt...

pragte, schwerwütvolle Persönlichkeit der Dichterin und schüdernde Zeit und Umwelt ihres Lebens und Wirkens. Untermalt wurde diese Darstellung durch den Vortrag von Gedichten und Liedern...

Ein Danktelegramm. Im Badischen Staatstheater fand anlässlich des Internistenkongresses eine Festvorstellung des „Rosenkavalier“ von Rich. Strauß statt.

Nochmal „Christliche Kunst der Gegenwart“

Kirchlich-liturgische Ausstattungsstücke in Textilien, Goldschmiedearbeit, christlichen Heilmuschel zeigt in Ergänzung der Ausstattung im Konventen zur Zeit...

Martini, hat an Generalmusikdirektor Otto Matzerath folgendes Telegramm gerichtet: „Am Ende des wohlgeleiteten Kongresses danken Ihnen die Internisten nochmals herzlich für die hervorragende Festvorstellung und gratulieren Ihnen zum hohen künstlerischen Niveau...

Die Kammeroper Nürnberg haben das Nobelpreis-Schauspiel von Otto von Nodden „Das Testament des Friedens“ zur Aufführung gebracht.

Shakespeare „Richard III.“ beizogen die Bochumer Bühnen als erste Bühne nach Kriegen anlässlich der Hauptversammlung der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft am 2. und 3. Juni in Bochum zur Aufführung.

auf die glückliche Auswahl der möglichst geeigneten Werkstoffe, denen mit Feinsinn und handwerklicher Präzision Gestalt verliehen wurde; an dem Holz, dem Kunststein, Metall, dem Stoff, dem Papier (Buchdruck) und nicht zuletzt auch wieder der Leinwand und dem Glas (Girchfenster-Einwürfe)...

Für Fortbestand des Gymnasiums

Die Freunde des Karlsruher Gymnasiums haben sich in einem Verein zusammengeschlossen. Wie Landeswollfabrikarier Ziegler, der ohne Widerspruch zum ersten Vorsitzenden ernannt wurde, in der Gründungsversammlung besonders zum Ausdruck brachte, will sich dieser Verein öffentlich für die Erhaltung des Gymnasiums mit seinem alten Lehrplan einsetzen...

Mit dem Erhalt des humanistischen Gymnasiums verbunden ist die Pflege des antiken Bildungsgutes. Daß es immer noch lebt und weilt in unserer schon seit dreitausend Jahren bestehenden europäischen Kunst, davon gab am gleichen Abend Professor Dr. Gebrügge, Direktor der Akademie der bildenden Künste, in einem Vortrag Kenntnis...

Zur Verteilung der Zigaretten aus US-Beständen. Nachzügler sowie Uriaiber und Kranke, die nicht schon über ihre Betriebe versorgt wurden, haben am 23. 5. und 24. Mai täglich von 8 bis 13 Uhr, Samstag von 8-13 Uhr, nochmals Gelegenheit, gegen Vorlage der Meldekarte des Arbeitamts als Beschäftigungsnachweis ihren Bezugschein für die zur Verteilung gelangenden US-Zigaretten im Stadtkarten-Restaurant, Festplatz 3, Eingang durch 6. Stadtkarten, abzuholen.

Rheinwasserstände vom 25. Mai 1948

Konstanz 373 (unv.); Brestach 185 (-4.9); Kehl 145 (unv.); Maxau 406 (-1); Mannheim 282 (-2); Caub 178 (-4).

Der Kampf gegen den Kartoffelkäfer

Bürgermeisteramt über die jeweilige Befallslage unterrichten und rechtzeitig die notwendigen Bekämpfungsmaßnahmen einleiten. Der Suchdienst muß grundsätzlich mit dem Auflaufen der Kartoffeln beginnen. Die hungrig aus dem Boden kommenden Käfer können an den jungen Trieben starken Frähschaden hervorrufen. Frühkartoffelgebiete sind besonders gefährdet.

Alle Erstbehandlungen müssen vor der Heuernte beendet sein. Neben dem Auffinden der Befallstellen durch den Suchdienst ist die Behandlung aller gefährdeten Kartoffelfelder vor der Heuernte für die Kartoffelkäfer-Bekämpfung des ganzen Sommers und damit für die Kartoffelernte entscheidend. Die beste Zeit zur Bekämpfung wird auch in diesem Jahr je nach der klimatischen Lage zwischen Mitte Mai und Mitte Juni liegen.

a) Kartoffelkäfer. Es wird wie in den vergangenen Jahren auch 1948 eine 8.5 bis höchstens 17.5 kg Kalkarsenatprobe (0.5 bis 1 kg Kalkarsenat auf 100 Liter Wasser) verwendet. Kalkarsenat ist für Menschen und Stugtiere giftig. Die Verabreichung von Kalkarsenat ist verboten.

Verantwortlicher Lokalredakteur: Helmut Haas, Karlsruhe Redaktion: Waldstraße 29, Telefon 922921; Anzeigenannahme: Kaiserstraße 29, Telefon 892.

